

Statement

— Anja Piel

Geschäftsführender Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

— Jahrespressekonferenz

Berlin, 9. Februar 2022

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer sich aktuell um die wachsenden gesellschaftlichen Gräben sorgt und damit einzig und allein die Frage des Impfstatus ins Auge fasst, springt in seiner gesellschaftlichen Analyse zu kurz. Die bittere Wahrheit der Krise ist: Diejenigen, die schon vor der Pandemie auf der Sonnenseite des Lebens standen, sind in der Krise reicher geworden. Für viele derjenigen, die schon vorher arm, prekär beschäftigt, arbeitslos und sozial abgehängt waren, ist diese Krise eine existentielle Katastrophe.

Der soziale Kitt, der Deutschland zusammenhält, schrumpft – so wie das Vertrauen in die Demokratie. Kein Wunder – um ein Beispiel herauszugreifen: Während die einen sich in der Frühphase einer tödlichen weltweiten Seuche mit Maskendeals die eigenen Taschen vollgestopft haben, arbeiteten die anderen auf Intensivstationen ohne Schutzkleidung und am Ende ihrer Kräfte. Andere kämpften in Schulen und Kitas und an der Supermarktkasse, um den Laden am Laufen zu halten. Oder ackerten ohne Sozialversicherung, Infektionsschutz und Hygienekonzept auf dem Feld, um die Spargel- und Erdbeerernte einzufahren.

Die Frage, wer für die Kosten der Pandemie aufkommt, ist eine Gerechtigkeitsfrage und damit auch eine elementare Frage für unsere Demokratie, für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, den sozialen Frieden. Für den DGB ist und bleibt klar: Aus der Krise kommen wir nur gemeinsam. Solidarität ist die Währung: Wir erwarten, dass die Ampel-Koalition ihr Versprechen von Freiheit und Gerechtigkeit einlöst.

Als Gewerkschaften stehen wir an der Seite der Beschäftigten. Wir haben ein höheres Kurzarbeitergeld erstritten, Hilfen für einkommensschwache Haushalte, den erleichterten Zugang zur Grundsicherung, Hilfen für Eltern in geschlossenen Kinderbetreuungseinrichtungen. Wir halten fest an der Forderung nach der lange überfälligen Pflegereform und der Beseitigung des strukturellen Defizits der Krankenkassen, die zum Zahlmeister der Pandemie gemacht wurden. Wir haben ein Bekenntnis der Koalition erreicht, das Rentenniveau zu stabilisieren und das Renteneintrittsalter nicht weiter zu erhöhen, denn das wäre nichts weiter als eine Rentenkürzung für diejenigen, die hart arbeiten und wenig verdienen – und für die Jüngeren. Wir haben daran mitgearbeitet, dass mit dem Arbeitsschutzkontrollgesetz für bessere Bedingungen in der Fleischindustrie gesorgt wurde und darauf gedrungen, dass die Ampel den Saisonbeschäftigten zumindest die Krankenversicherung ab dem ersten Tag fest zugesagt hat. Dieses Versprechen muss ausgedehnt werden auf eine umfassende soziale Sicherung.

Auch in der jetzt vor uns liegenden Legislaturperiode bleiben wir Anwalt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Rechte.

Das Herumdoktern am Minijob-System mit einer höheren Einkommensgrenze ist ein Riesenfehler. Die höhere Einkommensgrenze führt zu mehr prekärer Beschäftigung ohne soziale Sicherheit. Für viele Frauen bleibt der Minijob Teilzeitfalle und damit das sichere Ticket in die Altersarmut. Wer in der Pandemie den Minijob verlor ist ohne Umweg in Hartz IV gelandet.

Wann war es je offensichtlicher, dass Minijobs in sozial abgesicherte Arbeit verwandelt werden müssen, statt sie auszuweiten? Zwar plant die Koalition, den sprunghaften Anstieg der Beiträge zur Sozialversicherung für die Beschäftigten abzumildern, wenn sie mit ihrem Verdienst die neue 520-Euro-Grenze überschreiten. Der Ausgang dieses Unterfangens bleibt aber völlig ungewiss.

Ein weiterer Fehler: die Absicht der Koalition, den Nachholfaktor bei der Rente bis zum Sommer wieder einzusetzen. Das bedeutet, dass die Renten real langsamer steigen als die Löhne. Rentnerinnen und Rentner werden damit weiter von der Entwicklung der Löhne abgekoppelt. Schon ohne Nachholfaktor steigen die Renten von 2020 bis 2025 langsamer als die Löhne. Mit dem Nachholfaktor würde die Rentenanpassung 2022 geringer ausfallen. Die Renten sinken dadurch zwar nicht, aber sie steigen eben um rund 0,6 Punkte langsamer als die Löhne. Das ist ungerecht. Unsere Älteren müssen schon deshalb angemessen am Wohlstand teilhaben, weil sie die Grundlagen dafür erwirtschaftet haben.

Letzter wichtiger Punkt ist der zwingend notwendige Datenschutz. Tatsächlich nutzen manche Arbeitgeber die Krise und die digitale Arbeit schon jetzt, um Beschäftigte zu überwachen – illegal und ohne deren Wissen oder Einwilligung und unter Missachtung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte. Ob im Home Office oder im Betrieb – Arbeitgeber können jeden Tastenanschlag und jede besuchte Website, jede Aktivität in sozialen Netzwerken protokollieren. Da gibt es bereits Firmen mit Punktesystemen für Sozialverhalten – im Sinne eines Social Scoring – ein Orwellscher Alptraum. Zum Glück hat die neue Koalition vereinbart, den Beschäftigtendatenschutz zu regeln. Der DGB wird heute einen Gesetzentwurf vorlegen, wie eine solche Regelung im Sinne der Beschäftigten aussehen könnte. Wir brauchen ein eigenständiges Beschäftigtendatenschutzgesetz. Sie finden den DGB-Vorschlag ab heute auf der DGB-Website.